

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einführung	13
§ 2 Transparenz oder „Flucht ins Privatrecht“? Privatrechtlich organisierte Unternehmen der öffentlichen Hand als Verpflichtete im Informationsfreiheitsrecht	23
A. Juristische Personen des Privatrechts als Verpflichtete nach dem IFG des Bundes sowie vergleichbarer Landesregelungen	27
I. Beliehene	29
II. Eigengesellschaften, gemischt-wirtschaftliche und gemischt-öffentliche Unternehmen	30
1. „Sich Bedienen“	31
2. „Übertragung zur Erfüllung“ bzw. „Wahrnehmen“ einer öffentlich-rechtlichen Aufgabe	37
3. Die „öffentlich-rechtliche Aufgabe“ als unbestimmter Rechtsbegriff – Problemaufriss und bisherige Deutungstendenzen.....	38
4. Notwendigkeit eines weiten Begriffsverständnisses	48
a) Offener Wortlaut	50
b) Systematik.....	52
c) Teleologische Überlegungen.....	54
d) Zwischenergebnis	65
e) Auslegung des Begriffs der „öffentlich-rechtlichen Aufgabe“ im Lichte von Art. 5 Abs. 1 S. 1, 2. Halbs. GG	69
aa) Privatrechtlich organisierte Unternehmen der öffentlichen Hand als grundrechtsverpflichtete vollziehende Gewalt.....	69
bb) Unmittelbare Verpflichtung aus Art. 5 Abs. 1 S. 1, 2. Halbs. GG?	74
cc) Verfassungskonforme oder verfassungsorientierte Auslegung der Informationsfreiheitsgesetze?	81

f)	Legitimationsdefizite privater Organisationsformen als Auslegungsdirektive	86
5.	Ergebnis	92
B.	Hohes Transparenzniveau: Zur Rechtslage nach dem Informationsfreiheitsgesetz Mecklenburg-Vorpommern	92
C.	Das Hamburgische Transparenzgesetz.....	96
I.	Kombinierter Ansatz aus Kontrolle und öffentlicher Funktion	97
II.	Beliehene und weitere Private als Verpflichtete	104
D.	Das Landestransparenzgesetz Rheinland-Pfalz und das Landesinformationsfreiheitsgesetz Baden-Württemberg.....	107
I.	Rheinland-Pfalz	108
II.	Baden-Württemberg	110
E.	Beschränkung des Informationszugangs auf Beliehene: Die Rechtslage nach dem IZG Schleswig-Holstein, dem IFG Berlin und dem AIG Brandenburg	113
I.	Schleswig-Holstein.....	113
II.	Berlin und Brandenburg	115
F.	Zusammenfassende Bewertung zur Erfassung juristischer Personen des Privatrechts nach den Informationsfreiheitsgesetzen	118
I.	Umfassende Einbeziehung Beliehener.....	119
II.	Verwaltungshelfer und andere Formen funktionaler Privatisierung	123
III.	Lückenhafte Erfassung privatrechtlich organisierter Unternehmen der öffentlichen Hand	125
§ 3	Transparenzpflichten privatrechtlich organisierter Unternehmen der öffentlichen Hand im Presse- und Archivrecht	127
A.	Der presserechtliche Auskunftsanspruch	127
I.	Auskunftsansprüche der Presse gegenüber privatrechtlich organisierten Unternehmen des Bundes	127

II.	Die Pressegesetze der Länder.....	135
B.	Zur Behandlung privatrechtlich organisierter Unternehmen der öffentlichen Hand im Archivrecht.....	142
I.	Archivgesetze ohne ausdrückliche Einbeziehung privater Rechtsformen	144
II.	Archivgesetze mit Sonderregelungen zu privatrechtlich organisierten Unternehmen der öffentlichen Hand	156
§ 4	Vorbild für die deutsche Rechtsordnung? Unternehmen als Verpflichtete im US-amerikanischen Freedom of Information Act	159
A.	Rechtsprechungsentwicklungen zur Einbeziehung gemischt-wirtschaftlicher und privater Unternehmen als informationspflichtige Stellen nach dem FOIA	167
I.	Gerichtsentscheidungen mit starker Betonung des Kontrollfaktors	171
II.	Relativierung des Kontrollfaktors und Einbeziehung weiterer Kriterien	174
B.	Zusammenfassende Bewertung und Rückschlüsse für das deutsche Informationsfreiheitsrecht	180
§ 5	Vorschlag für eine gesetzliche Neufassung der Informationspflicht am Beispiel des IFG Bund.....	183
A.	Textentwurf	183
B.	Erläuterung.....	184
I.	Alleinige Kontrolle des Bundes	186
II.	Sonderfall gemischt-öffentliche Unternehmen	187
III.	Weitere Implikationen der Neuregelung	188

§ 6 Verfahrensprobleme bei der Erlangung von Informationen privatrechtlich organisierter Unternehmen der öffentlichen Hand	191
A. Rechtslage nach dem IFG des Bundes und vergleichbarer Landesregelungen	191
B. Progressive Landesregelungen	197
§ 7 Zwischen Transparenz und Wettbewerbsfähigkeit – Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse privatrechtlich organisierter Unternehmen der öffentlichen Hand als Grenze der Informationsfreiheit	203
A. Zum „Ob“ des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen privatrechtlich organisierter Unternehmen der öffentlichen Hand	205
B. Umfang des Begriffs der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	209
C. Absoluter oder relativer Geheimnisschutz?	212
I. Unzulänglichkeiten des IFG Bund und der entsprechenden Landesvorschriften	214
II. Abwägung zwischen Unternehmens- und Transparenzinteresse	222
1. Abwägungsrelevante Kriterien auf Seiten des Antragsstellers	222
2. Abwägungsrelevante Faktoren auf Seiten des Unternehmens der öffentlichen Hand	226
D. Kollision mit gesellschaftsrechtlichen Geheimhaltungsvorschriften?	228
I. Dokumente im Besitz des privatrechtlich organisierten Unternehmens der öffentlichen Hand	229
II. Bei der Verwaltung vorhandene Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse privatrechtlich organisierter Unternehmen der öffentlichen Hand	232

§ 8 Die „zweite Generation“ des Informationsfreiheitsrechts – Privatrechtlich organisierte Unternehmen der öffentlichen Hand und „Open Data“	237
A. Proaktive Offenlegung von Vergütungen der Leitungsebene?	243
I. Gesetzgeberische Initiativen.....	244
II. Kritik an der Pflicht zur individualisierten Vergütungsoffenlegung.....	247
B. Transparenz von Aufsichtsratssitzungen	251
I. Anspruch auf Offenlegung von Aufsichtsratsprotokollen nach den Informationsfreiheitsgesetzen?	255
II. Proaktive Offenlegung der Sitzungsprotokolle	261
§ 9 Fazit	263
Literaturverzeichnis	269